

MUTTERS PLUS

MuttersPLUS informiert Herbst 2022



**Einfach ehrlich.
Einfach gut.
Besser für Mutters.**

Inhalt

Vorwort	2
Neophyten-Bekämpfung	3
Mittelgebirge jetzt ohne Postamt!	4
GR-Sitzungen beginnen bereits um 18 Uhr	5
Tagesordnungspunkte einer Kleinfraktion	6
Zur Zusammenarbeit im Gemeinderat	8
Das Arbeiten in den Ausschüssen	8
Der Gemeindevorstand hat noch nie getagt	9
Das Wahlversprechen Bildungszentrum	9
Tauschgeschäft unter Freunden: Gemeinde & Bürgermeister	10
MiM - Miteinander im Mittelgebirge	11
Volksschüler:innen sollen Partnergemeinde Andrian kennenlernen	11
Krisen- & Katastrophenmanagement der Gemeinde	12
Wir fordern ein Blackout-Package der Gemeinde	13
Wir freuen uns, dass ...	14
Schade ist, dass ...	15
Die nächste Bausünde in Mutters	16
Neue Dimensionen am Nockhofweg	16
Wasseranschluss in Raitis	17
Kostenübernahme für Planung Chaletdorf Nockhof	18
Das Hotelprojekt der JUFA am Lärchenwald	18
Unsere Mandatare für Sie im Einsatz:	19
Aufruf	19

Vorwort

Liebe Gemeindebürger:innen von Mutters!

Vor kurzem ist die erste Ausgabe der Gemeindezeitung in der neu begonnenen Periode des GR verteilt worden. Wir sehen uns nun veranlasst, einige Themen aufzugreifen. Außerdem wurde unserer Gruppe die Mitarbeit im Redaktionsteam der Gemeindezeitung verwehrt, obwohl wir die Bevölkerung objektiv informieren wollten. Aus diesen Gründen halten Sie nun unsere Ausgabe der Bürger:innen-Information in Ihren Händen.

Bei Fragen, Anregungen und Wünschen stehen wir natürlich gerne zur Verfügung. Besuchen Sie außerdem unsere Homepage unter www.muttersplus.at oder besuchen Sie uns auf Facebook.

Neophyten-Bekämpfung

In anderen Gemeinden werden bereits erfolgreich Aktionen gegen gefährliche neue Pflanzenarten gesetzt, zB in der Klima- und Energie-Modellregion (kurz: KEM) Imst. Im Rahmen einer solchen Offensive, die nur zu bestimmten Jahreszeiten erfolgversprechend ist, sollen Schulungen für die Bürger:innen abgehalten werden und auch die ortsansässige Gärtnerei sowie die einschlägigen örtlichen Vereine eingebunden werden. Aus diesem Grund haben wir in der Mai-GR-Sitzung dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht, nachfolgend wurde auch in den Gemeindenachrichten Nr 8/2022 dazu berichtet.

Das Land Tirol hat einen Leitfaden zu diesem Thema aufgelegt „Strategie für Tirol im Umgang mit gebietsfremden Pflanzenarten (Neophyten). Wir haben diesen sehr informativen Folder auf unserer Homepage zum Download hinterlegt. Bitte schauen Sie sich vor allem die

Bilder der häufigsten fremden Pflanzen an, damit Sie diese besser erkennen und bekämpfen können.

Die Dorfbewohner hätten sich unserer Meinung mehr Information bzgl. der Wichtigkeit dieses Vorgehens erwarten können, leider hat die Gemeindeführung diese abgeblockt. **Die Bürgermeister-Fraktion war der Meinung, dass das vom Land Tirol an der Universität Innsbruck eingerichtete Neophytenzentrum weder über das nötige Fachwissen noch über entsprechende Schulungsmöglichkeiten verfügt.** Nach Aussage des Vize-Bgm gibt es in Mutters seiner Ansicht nach kein Neophytenproblem, die Gemeinde habe die eigenen Flächen bestens unter Kontrolle.

In der GR-Sitzung im Juli hingegen konnte er sich dann doch notwendige Arbeiten zur Bekämpfung im Wald der Gemeinde/-agrar vorstellen.



Leitfaden Land Tirol

Mittelgebirge jetzt ohne Postamt!

Kürzlich wurde das letzte verbliebene Mittelgebirgs-Postamt in Götzens geschlossen (nur mehr in Axams und jetzt in Götzens gibt es einen Postpartner). Wir haben eine Lösung für unser Dorf eingefordert, weil es dazu einfache Möglichkeiten gibt. So sind in zahlreichen anderen Gemeinden Tirols **Selbstbedienungs-Automaten der Post** im Einsatz. So etwas könnte in unserer

Gemeinde auch problemlos aufgestellt werden mit einem echten Mehrwert für die Einwohner:innen. Wir schlagen dazu einen Standort vor, wo auch unmittelbare Parkmöglichkeiten für das Abholen oder Hinbringen der Pakete vorhanden sind (zB bei der Volksschule; an der Rückseite des Gemeindeamts; beim Musikpavillon; bei den Tennisplätzen/Freizeitzentrum).



Natürlich wäre uns ein neues Postamt in Mutters am liebsten gewesen. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Außerdem gibt es **für** die vielen **privaten Paketdienste** auch schon seit geraumer Zeit eigene **Paket-Boxen**, die sehr einfach zu bedienen sind. Auf diesem Weg kann ein Paket in Abwesenheit des Empfängers in ein Fach zugestellt werden oder die Paketrücksendung von dort sehr einfach abgewickelt werden. Lebensmittelketten stellen in anderen Gemeinden gerne Platz für solche Boxen zur Verfügung. In Mutters sucht man hier leider noch vergebens.





So eine Paket-Box sollte es auch in Mutters geben. Für Paketrücksendungen ist das sehr praktisch.

GR-Sitzungen beginnen bereits um 18 Uhr

Trotz heftiger Proteste der beiden kleinen Fraktionen im Gemeinderat hat der Bürgermeister den Beginn der GR-Sitzungen auf 18 Uhr vorverlegt. In der Vergangenheit haben die Sitzungen immer um 19 Uhr begonnen. Durch die Vorverlegung ist es einigen gewählten Mandataren aus beruflichen Gründen nicht möglich, an den Sitzungen teilzunehmen. Obwohl wir um die Beibehaltung der bisherigen Beginnzeit gebeten haben, wurde uns das verwehrt. Begründung: Die Mandatare können sich ab 21 Uhr nicht mehr konzentrieren und die fortgeschrittene Stunde führt auch zu erhöhten Aggressionen. Warum erwachsene Personen wie Kinder behandeln? Eine straffere Sitzungsführung ist durchaus möglich, zB wenn zu den Tagesordnungspunkten „Bericht des Bürgermeisters“ und „Bericht des Substanzverwalters“ im Vorfeld entsprechende Unterlagen an die Mandatare ausgegeben werden, ist ein ausschweifendes „Erzählen“ nicht nötig. So könnte viel Zeit eingespart werden.

Es kommt nicht selten vor, dass Substanzverwalter Saischek zu seinem Tagesordnungspunkt „Bericht des Substanzverwalters“ mehr als eine Stunde spricht, ohne dass wir dazu über irgendwelche Unterlagen zum Mitlesen verfügen, was jedwede Meinungsbildung / Kontrolle verunmöglicht. Außerdem lässt sich Saischek zu seiner eigenen persönlichen Absicherung zahlreiche „Aufträge“ vom Gemeinderat erteilen, damit er später sich damit verteidigen kann, dass er lediglich das auszuführen hatte, was ihm der Gemeinderat aufgetragen hätte. Unsere wiederholte Aufforderung, dass wir vorab Unterlagen bekommen, – so wie es die Tiroler Gemeindeordnung vorsieht (spätestens eine Woche vor der Sitzung), wurde bisher ignoriert. Er sicherte das zwar wiederholt zu, hat aber sein Wort nicht wirklich gehalten.

Zwischendurch wurde uns Oppositionsparteien von Vize-Bgm Saischek signalisiert, dass er sich beim Bürgermeister für eine Verlegung auf 19 Uhr eingesetzt hätte und dieser nun doch einlenken würde. Dieses versöhnliche Signal wurde aber sofort wieder ausgelöscht, als wir in der nachfolgenden GR-Sitzung „nicht brav genug“ waren.

Tagesordnungspunkte einer Kleinfraktion

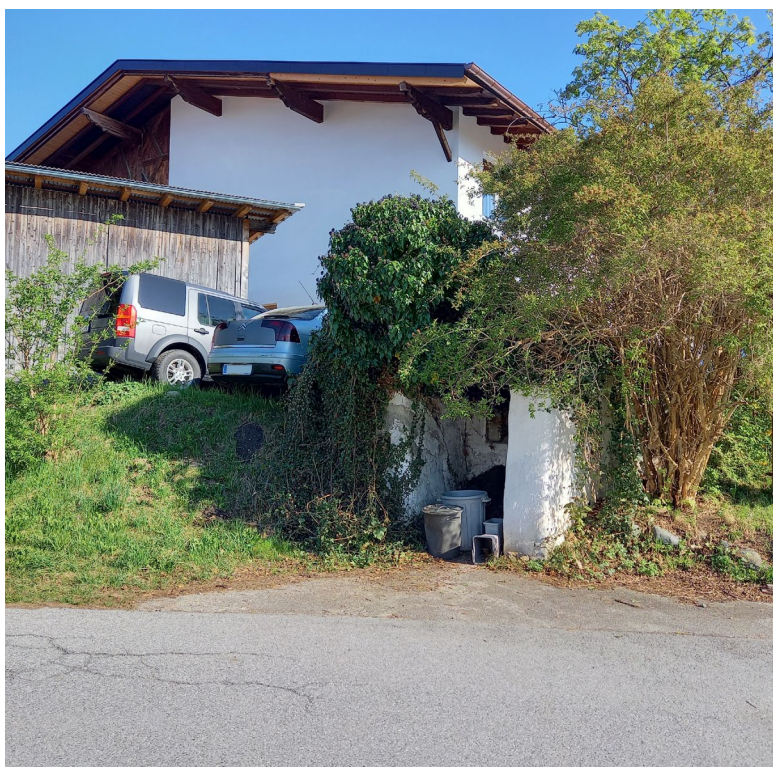
Auch in diesem Punkt haben wir inzwischen Geschichte geschrieben: Als wir zur Sitzung am 12.5. unsere Anträge im Gemeindeamt schriftlich abgegeben haben, wollte die Gemeindeführung diese entgegen des Gesetzes nicht sofort behandeln, sondern erst in sechs Monaten. Diese Irrmeinung musste zu unseren Gunsten revidiert werden.

Mindestens ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderates (das sind bei uns mindestens 5 Mandatare) können fordern, dass bestimmte Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Und von diesem Recht haben wir nun – nach Aussagen des Amtsleiters – erstmals in der gemeindepolitischen Geschichte von Mutters Gebrauch gemacht. Danke an dieser Stelle für die Zusammenarbeit mit den Mandataren von Mutters-Aktiv. Da weder Mutters-Aktiv noch wir alleine jeweils über 5 Mandate verfügen, unterstützen wir uns gegenseitig. Vielen Dank dafür an Mutters-Aktiv!

In der April-Sitzung haben wir folgende Anträge eingebracht:

- **Ausweitung der Öffnungszeiten Recyclinghof Mutters:** Wir wollten zusätzliche Öffnungszeiten freitags sowie eine Ausweitung mittwochs, um das Verkehrschaos durch die zu- und abfahrenden Autos zu verhindern. Wir wollen ein verbessertes Service für die Bürger:innen. In Kürze soll es eine Bürgerkarte für individuellen Zugang geben.
- **Neophytenbekämpfung:** Wir wollten im Ort zur richtigen Jahreszeit starten und zusätzliche Info-Veranstaltungen für Bürger:innen erreichen – leider abgelehnt.
- **Masterplan für schnelles Internet im gesamten Dorf:** Wir beantragten die Ausarbeitung einer Breitband-Strategie für Mutters. Diese besteht aus der Darlegung der Ist-Situation sowie eines Planes zum stufenweisen Auf- und Ausbau der Breitbandversorgung. Wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass es das alles sowieso bereits geben würde und man mit der Umsetzung bereits viel weiter sei. Faktencheck durch Nachfrage bei der IKB als lokaler Anbieter mit folgenden Antworten aus der IKB: Im Bereich untere Innsbrucker Straße ist erst in rund 10 Jahren mit einer entsprechenden Anbindung zu rechnen, das Birchfeld ist jetzt bereits angeschlossen, für den Bereich Rauschgraben ist ein Anschluss an schnelles Internet derzeit überhaupt nicht absehbar..., obwohl es seitens der IKB Angebote gab, die jedoch nicht wahrgenommen wurden. Laut Aussage des Bürgermeisters in der GR-Sitzung verfügt das Gemeindeamt und auch er privat bereits über superschnelles Internet. Ein Schelm, wer Böses denkt. Die Bürger:innen haben auch ein Recht darauf! Haben Sie im Juli übrigens die Kabelverlegearbeiten in der oberen Innsbruckerstraße vom Bahngleis bis zu GR Gregor Reitmair bemerkt?
- **Fachgerechte Revitalisierung Backofen in Raitis:** Auf dem Foto sieht man, in welchem unwürdigen Zustand sich der Backofen in Raitis befindet. Die Situation ist unseres Erachtens bedrohend für dieses seltene Bauwerk und muss sofort geändert werden. Laut Aussagen von Anrainern wurden die vom Bürgermeister bereits vor Jahren zugesagte Sanierungsschritte bis zu unserem Antrag nicht einmal geplant. Wir beantragten die sofortige Kontaktaufnahme mit dem Bundesdenkmalamt zur Erarbeitung eines Sanierungsplanes, sowie zur umgehenden Einleitung von Sanierungsschritten unter Anweisung des BDA für den Backofen in Raitis. Einstimmig wurde diese Aufgabe dem Kulturausschuss zur Umsetzung übertragen.



Wir haben bereits mit dem Bundesdenkmalamt BDA (nicht nur in dieser Sache) Kontakt aufgenommen. Das BDA steht für solche Fälle immer beratend zur Seite. Das BDA wurde von der Gemeinde in dieser Causa bis zu unserem Tätigwerden noch nicht kontaktiert. Die umgehende Sanierung darf nur durch einen zertifizierten Fachbetrieb erfolgen, um Schäden an der Substanz zu vermeiden.

Wir freuen uns auf ein „Brotfest“ in Raitis nach Abschluss der Sanierungsarbeiten! Die Etablierung regelmäßiger Veranstaltungen zum Erhalt dieses Kulturdenkmals wäre eine nachhaltige Bereicherung für das Dorfleben und den Tourismus!

Im Endeffekt hat die bürgermeisterliche Mehrheitspartei unsere Anträge formal abgewiesen und das mit kaum nachvollziehbaren Argumenten. Den Anträgen, die von Mutters-Aktiv in der Juni-Sitzung eingebracht worden sind, ist es ebenso ergangen. Wir finden es sehr schade, wenn die Mehrheitspartei die vielen nützlichen Themen und Vorschläge der beiden Oppositionsparteien inhaltlich nur halbherzig behandelt, weil sie das eben nicht mehr verhindern kann, aber letztlich unsere Ansichten und Meinungen stets als unnützlich oder unüberlegt oder mangelhaft oder stümperhaft abtut.

Nebenbemerkung: Während man die Anträge der beiden kleinen Fraktionen mit Argusaugen prüft und gesetzeskonform darauf verweist, dass diese Anträge schriftlich eingebracht werden müssen und dabei mindestens fünf handschriftliche Unterschriften von gewählten Gemeinderäten aufweisen müssen (die Unterschriften von Ersatz-Gemeinderäten sind hier nicht ausreichend), gilt das alles für die Bürgermeister-Fraktion nicht: Dort behauptet man einfach, dass ausreichend viele Mandatäre einen Tagesordnungspunkt wünschen. Man legt aber

auf unseren Wunsch hin keinen entsprechend mit fünf Unterschriften ausgestatteten Antrag vor. Das mag zwar noch rechtens sein, aber demokratiepolitisch ist dieses Vorgehen ein sehr bedenkliches Zeichen!



So hat der Backofen in den 70er Jahren im damaligen Dorfzentrum von Raitis vor der Verlegung bzw. Neutrassierung der Hauptstraße ausgesehen, das Bauernhaus der Fam Tanzer („Stillerhof“) stand noch.

Zur Zusammenarbeit im Gemeinderat

Gleich nach der Gemeinderatswahl im Feber hat der Bürgermeister im Bezirksblatt verkündet, dass der Wahlkampf vorbei sei und er nun allen gewählten Mandataren die Hand reichen würde und diese zur Zusammenarbeit einladen würde (siehe BB März 2022).

Das war nur eine „Zeitungsente“. Leider passierte genau das Gegenteil. In der konstituierenden Sitzung des GR hat er unsere Fraktion von allen Ausschüssen ausgeschlossen, indem er die Anzahl der Ausschussmitglieder geringgehalten hat. Wir haben wiederholt betont, dass wir aktiv mitarbeiten wollen, aber unser Angebot wurde bewusst abgelehnt. Informell wurde uns einige Wochen später signalisiert, dass Harald Graus aus unserer Fraktion aufgrund seiner fachlichen Expertise doch in

einem Ausschuss mitmachen könne. Dieses Angebot wurde allerdings zunächst wieder zurückgezogen mit der Begründung, dass unsere Fraktion sich in den Sitzungen zu „aufmüßig“ verhalten würde. Und hier wurde für uns die Denkweise der Bürgermeisterliste wieder einmal klar sichtbar: Das System „Freundschaft“ wird vordergründig angeboten um nach außen das politische Geschehen so darzustellen, dass der Bürgermeister alles bestens managen würde und daher keine oppositionelle Kritik notwendig sei. Die Arbeit im Gemeinderat ist kein Spiel. Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind für uns sehr wertvolle Eigenschaften. Im Oktober wurde unser Harald wieder mal als kooptiertes Mitglied im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung eingeladen ...

Das Arbeiten in den Ausschüssen

Wir haben bereits vorhin erwähnt, dass unsere Gruppe von jeglicher Mitarbeit in den Ausschüssen des Gemeinderates als ordentliche Ausschussmitglieder mit Stimmrecht von der Bürgermeisterfraktion ausgeschlossen wurde. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass wir rund 25 % der Wähler:innen vertreten und der Bürgermeister daher ein Viertel der Bevölkerung ausschließt. Als Begründung, warum er keinen Vertreter aus unserer Fraktion in den Ausschüssen haben möchte, wurde vorgebracht, dass die Bürgermeisterliste dann keine Mehrheit mehr in den Ausschüssen hätte und man könne eben nur dann arbeiten, wenn die Bürgermeisterliste die alleinige Entscheidungs-

gewalt hat.

Aus unserer Sicht sollten die besseren Argumente in der politischen Arbeit zählen und nicht der Erhalt der Mehrheitsverhältnisse. Eine eindeutige Verletzung der Tiroler Gemeindeordnung liegt hinsichtlich der Sitzungen der Ausschüsse dergestalt vor, dass die GR-Mandatare nach einer erfolgten Ausschusssitzung keine Sitzungsprotokolle erhalten, obwohl dies gesetzlich so vorgesehen ist! Im Juli kam lediglich vom Überprüfungsausschuss die Info, dass die Protokolle dieser Sitzungen künftig für uns zugänglich gemacht werden.

Der Gemeindevorstand hat noch nie getagt

Gemäß der Tiroler Gemeindeordnung muss der **Gemeindevorstand** mindestens einmal pro Kalendervierteljahr vom Bürgermeister einberufen werden. Der Gemeindevorstand ist hauptsächlich damit beauftragt, die Sitzungen des Gemeinderates thematisch vorzubereiten. Während im übrigen Tirol grundsätzlich vor jeder Gemeinderats-Sitzung vorgelagert der Gemeindevorstand eine Sitzung hält, wird in Mutters das Gesetz missachtet: Wir haben weder in der vergangenen Legislaturperiode jemals von einer Sitzung des Gemeindevorstands etwas gehört, noch wurde seit dem Beginn der laufenden Funktionsperiode eine solche Sitzung

einberufen, obwohl Klaus Hilber aufgrund des letzten Wahlergebnisses nun auch im Gemeindevorstand vertreten ist. So wird in Mutters derzeit politische Arbeit gemacht! Leider sind solche Vorkommen nach außen nicht sichtbar und von den Bürger:innen daher auch nicht bemerkbar.

Eine **öffentliche Gemeindeversammlung** hat nach der Tiroler Gemeindeordnung ebenfalls wenigstens einmal pro Jahr stattzufinden. Leider wird den Bürger:innen auch diese Gelegenheit zur Meinungsäußerung versagt. Demokratie schaut unseres Erachtens anders aus ...

Das Wahlversprechen Bildungszentrum

Die Liste des Bürgermeisters hat im vergangenen Wahlkampf bekanntlich für einige Lachschlager gesorgt (Stichwort: Gärberbach-Treppenlift). Auch die Forderung zur Errichtung einer Mittelschule in Mutters haben wir für eine sehr ambitionierte Idee gehalten. Natürlich ist uns allen klar, dass die Mindestschülerzahlen dafür nicht vorhanden sind und das Land Tirol einem solchen Vorhaben erst einmal die Zustimmung zur Eröffnung eines zusätzlichen Schulsprengels erteilen müsste. Vor wenigen Monaten hat eine Präsentation einer Gruppe Studierender zu diesem Vorhaben stattgefunden, wir bedanken uns bei den Studierenden

für ihren Input. Und zufällig hatte wieder mal die „Kommunalberatung“ unseres Vizebürgermeisters ihr Logo auf den Präsentationsunterlagen angebracht. Schließlich ist das billige Schleichwerbung in eigener Sache. Und wieder einmal zeigt sich eine Unsitte in Mutters: Während die GR-Kollegen aus Natters, die auch zu dieser Präsentation eingeladen waren, im Vorfeld bereits die 24-seitigen Unterlagen erhalten hatten, konnten die Mutterer Gemeinderäte wieder einmal ohne vorherige Zusendung von Unterlagen zur Sitzung marschieren ... Demokratie geht leider anders!

Tauschgeschäft unter Freunden: Gemeinde & Bürgermeister

In der April-Sitzung war für Spannung gesorgt: Zu einem Tagesordnungspunkt gab es wieder einmal keine aussagekräftigen Unterlagen (nur ein einziges Bild). Und das alles zu einem hoch-brisanten Thema, weil es um ein In-sich-Geschäft des Bürgermeisters mit der Gemeinde geht. Das Ansinnen ist klar: Der Bürgermeister möchte den Gehsteig in der Schulgasse im Bereich seiner Hauseinfahrt (9,1 m²) nicht mehr der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Der Kaufpreis dafür soll eine Gartenfläche im Ausmaß von 25,3 m² hinter dem Gemeindehaus sein, denn diese Fläche grenzt an seine Wohnung an und könnte dort gut gebraucht werden. Aus unserer Sicht ist dieses Tauschgeschäft

nicht gerechtfertigt und bringt nachvollziehbare Vorteile für den Bürgermeister als Privatperson. Nach unserer Ansicht sind nicht alle Argumente ausreichend geprüft worden, weil hinsichtlich eines Gehweges quer über das Grundstück des Bürgermeisters zugunsten der Öffentlichkeit ein ersessenes Recht vorliegt. Natürlich haben früher wesentlich mehr Bürger:innen diese Abkürzung von der Dorfstraße in die Schulgasse benutzt. Wir Volksschulkinder sind regelmäßig über diese Abkürzung zur Ministrantenprobe ins Pfarrheim gegangen. In der Sept-Sitzung wurde dieser Vertrag vom GR letztlich beschlossen.



Auszug aus den GR-Sitzungsunterlagen – Darstellung der Tauschflächen

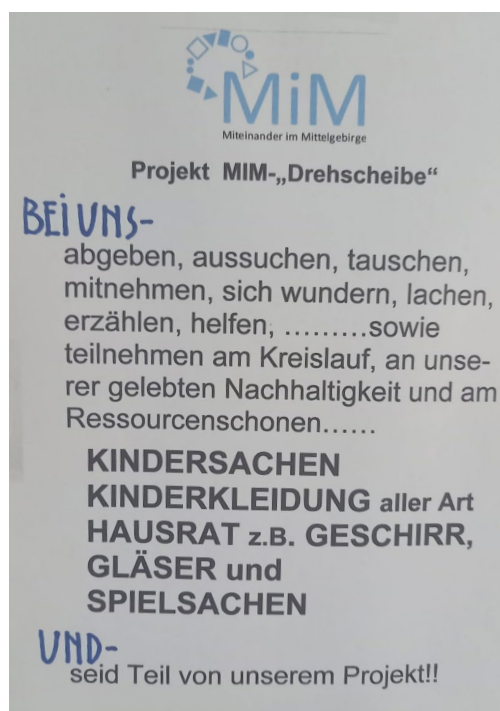
MiM - Miteinander im Mittelgebirge

Wir freuen uns sehr, dass die unbeschreiblich engagierten Damen vom Verein MiM den Tauschmarkt „Drehscheibe“ beim ehemaligen Sportgeschäft Pfurtscheller eingerichtet haben. So kann Bedürftigen schnell und unbürokratisch geholfen werden. Unser Listenführer Klaus Hilber hat die Teilnehmer eines dort stattfindenden Sprachkurses (Deutsch für Ukrainer:innen) im Frühjahr auf eine kulinarische Stärkung eingeladen.

Auch hier können wir voller Stolz auf unser Arbeitsprogramm verweisen (Aussendung Nr 3/2022, Seite 12 – siehe auf unserer Homepage www.muttersplus.at) und uns beim Verein MiM und den Mitarbeiter:innen herzlich bedanken. Spenden und neue Vereinsmitglieder sind dort herzlich willkommen. Die Öffnungszeiten sind mittwochs von 10 – 18 Uhr und freitags von 13.00 – 18.00 Uhr.

Info-Telefon 0670/355 78 74

Die Gemeinde unterstützt den Verein MiM durch Bezahlung der Miete für das Geschäftslokal in Höhe von monatlich 1.460,- zuzügl 20 % Umsatzsteuer (brutto 1.752,-).



Eigenartig erscheint uns das Zeitmanagement bei der Erstellung des Mietvertrages. Der 15. Feber (Beginn des Mietverhältnisses) war gleichzeitig auch ein Sitzungstag des Gemeinderates. Doch das Thema wurde damals nicht behandelt!? Erst bei der Sitzung am 22. Mai kam das Thema auf die Tagesordnung und erfolgte die rückwirkende Beschlussfassung.

Volksschüler:innen sollen Partnergemeinde Andrian kennenlernen

Seit rund 40 Jahren gibt es die Gemeindepartnerschaft mit dem Dorf Andrian in Südtirol. Leider sind nur mehr wenige Vereine in einem mehr oder weniger engen Kontakt mit unseren Freunden aus Andrian. Kürzlich haben wir mit einer Abordnung der Andrianer Schützen darüber gesprochen und es ist die Idee aufgekom-

men, dass ein gegenseitiger Besuch der jeweiligen Partnergemeinde ein neues Instrument zum partnerschaftlichen Kennenlernen sein würde. Wir haben einen entsprechenden Antrag vorbereitet und wollen diesen auf die nächste Tagesordnung des Gemeinderates bringen.

Krisen- & Katastrophenmanagement der Gemeinde

Seit dem Jahr 2006 gibt es ein Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagement-Gesetz, wonach in jeder Gemeinde eine Gemeinde-Einsatzleitung für Krisen- und Katastrophenfälle einzurichten ist. Der Bürgermeister ist dabei als oberster Verantwortlicher zuständig und hat im Ernstfall die Gemeinde-Einsatzleitung einzuberufen.

Für die Vorbereitung und die Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung örtlicher Katastrophen ist der Bürgermeister zuständig, die Einsatzleitung berät und unterstützt ihn dabei. Der Bürgermeister hat die Mitglieder der Einsatzleitung mit schriftlichem Bescheid zu bestellen, wobei die Funktionsdauer dieser Gemeinde-Einsatzleitung auf die Funktionsdauer des Gemeinderates beschränkt ist, sie bleiben jedoch bis zur Neubestellung der Mitglieder im Amt.

Obwohl im vergangenen Feber eine neue Funktionsperiode des Gemeinderates begonnen hat, wurde die Gemeinde-Einsatzleitung entgegen

dem klaren Gesetzeswortlaut nicht bestellt! Der Bürgermeister hat darüber hinaus einen entsprechenden Katastrophenschutzplan zu erlassen, erstmalig war ein solcher Gemeinde-Katastrophenschutzplan bei Einführung dieses Gesetzes spätestens im Jahr 2007 zu erlassen. Ein solcher Katastrophenschutzplan ist vom Gemeinderat zu beschließen, vorher ist der Entwurf dazu über 6 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen und jedermann hat das Recht zur Stellungnahme dazu.

Unsere Fraktion ist nun seit dem Jahr 2016 im Gemeinderat und wir haben noch nie von einem solchen Katastrophenschutzplan gehört oder darüber gesprochen. In Zeiten des unübersehbaren Klimawandels und immer massiverer Eintritte von Katastrophen halten wir den derzeitigen Zustand für äußerst bedenklich. Für uns gehören auch regelmäßige Informationsveranstaltungen für Bürger:innen dazu, damit im Notfall grundlegende Infos in der Bevölkerung verbreitet sind.

The screenshot shows the homepage of the Gemeinde Mutters website. The header includes the logo, the name 'Gemeinde MUTTERS', and navigation links for 'BÜRGERSERVICE', 'GEMEINDEAMT', 'POLITIK', and 'UNSER MUTTERS'. A search bar and contact information (+43 512 548 400) are also visible. Below the header, there is a menu of document categories: 'Alle', 'Abfallgebührenordnung 2007', 'Hundeverordnung', 'Kanalverordnung', 'Wasserleitungsgebührenordnung', 'Wasserleitungsordnung', 'Abfallordnung 2007', 'Kanalgebührenordnung 2006', and 'Badeordnung'. A list of documents is displayed, each with a PDF icon and a link to the document, including file names and sizes (e.g., 'Abfallgebührenordnung (74 KB) - .PDF').

33. Gesetz vom 8. Februar 2006 über das Katastrophenmanagement in Tirol (Tiroler Katastrophenmanagementgesetz)

Der Landtag hat beschlossen:

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Vorbereitung und die Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen (Katastrophenmanagement). Sonstige Vorschriften über die Vorbereitung und die Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen bleiben unberührt.

(2) Durch dieses Gesetz wird die Zuständigkeit des Bundes nicht berührt.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Katastrophen sind durch elementare oder technische Vorgänge oder von Menschen ausgelöste Ereignisse, die in großem Umfang das Leben oder die Gesundheit von Menschen, die Umwelt, das Eigentum oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung gefährden oder schädigen.

(2) Die Abwehr von Katastrophen umfasst alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Eintritt unmittelbar drohender Katastrophen zu verhindern.

(3) Die Bekämpfung von Katastrophen umfasst alle Maßnahmen, die geeignet sind,

a) die Ausweitung bereits eingetretener Katastrophen zu verhindern oder

b) deren unmittelbare Auswirkungen zu beschränken.

(4) Zu den Maßnahmen nach Abs. 3 lit. a gehören insbesondere:

- a) die Rettung von Menschen aus Gefahren,
- b) die Hilfeleistung an Verletzte und Kranke,
- c) die Verhinderung von Sachschäden.

(5) Zu den Maßnahmen nach Abs. 3 lit. b gehören Maßnahmen wie:

a) die Unterbringung der von der Katastrophe betroffenen Personen,

b) die erste Versorgung der von der Katastrophe betroffenen Personen mit dem notwendigen Lebensbedarf,

c) die Behebung von Sachschäden, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit erforderlich ist,

d) die Behebung von Sachschäden, soweit dies zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sowie mit medizinischer und psychologischer Hilfe erforderlich ist,

e) Maßnahmen zur Wiederherstellung wichtiger öffentlicher Verkehrsverbindungen sowie die Mitwirkung bei der Wiederherstellung wichtiger öffentlicher Fernmeldeverbindungen im notwendigen Mindestausmaß.

(6) Zu den Maßnahmen nach Abs. 5 lit. d und e gehören nicht solche der Hoheitsverwaltung.

(7) Örtliche Katastrophen sind Katastrophen, deren unmittelbare Auswirkungen nicht über das Gebiet einer Gemeinde hinausgehen und die von der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft abgewehrt und bekämpft werden können.

(8) Gemeindeüberschreitende Katastrophen sind Katastrophen, deren unmittelbare Auswirkungen über das Gebiet einer Gemeinde, nicht jedoch über das Gebiet eines Bezirkes hinausgehen oder die nicht mehr von der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft abgewehrt und bekämpft werden können.

(9) Bezirksüberschreitende Katastrophen sind Katastrophen, deren unmittelbare Auswirkungen sich auf das Gebiet mehrerer politischer Bezirke erstrecken oder deren Abwehr und Bekämpfung von landesweiter Bedeutung ist.

Landesgesetzblatt

Wir fordern ein Blackout-Package der Gemeinde

Die Frage ist nicht, ob irgendwann die Energieversorgung ausfällt, sondern nur wann dieses Ereignis eintreten wird. Und wie schnell so etwas eintreten kann, wurde uns bei einem acht Stunden dauernden Stromausfall in Nauders vor Augen geführt (siehe TT-Bericht vom 28.7.2022) sowie am 8. August mit einem kürzeren Stromausfall im Großraum Innsbruck. Wir fordern, dass die Gemeinde für diesen Tag X endlich Vorkehrungen trifft! Das geht uns alle an und diese Vorsorge kann lebensrettend sein. Die Gemeinde muss einen Plan beispielsweise für folgende Fragen ausgearbeitet haben, wenn auch bei uns eines Tages „der Strom oder das Gas ausgeht“:

- Wo trifft man sich, um Informationen über die Lage im Ort zu erhalten?
- Wohin soll man sich bei Bedarf an ärztlicher Versorgung wenden?
- Wo und von wem erhalten Menschen warmes Essen bzw. Getränke, wenn zuhause nicht mehr gekocht werden kann?
- Wo wird es die Möglichkeit zum Aufladen von Handys geben?
- Wo gibt es die Möglichkeit für Bürger:innen zum Aufwärmen?

Am 19. Oktober haben wir daher einen Antrag eingebracht, damit dieses Thema endlich im GR behandelt wird.

Wir freuen uns, dass ...

... mit dem erstmals veranstalteten Ostermarkt eine Forderung unserer Fraktion zur „Umsetzung regelmäßiger Markttage“ („MuttersMarkt“) umgesetzt worden ist.

... unsere Fraktion schon wieder Initialzündung für das Beseitigen von Schlaglöchern auf Gemeindestraßen war. Diesmal ging es ganz schnell in Raitis zur Sache, nachdem Anrainer seit geraumer Zeit beim Bürgermeister vergeblich darum gebeten haben.



... es für Senioren seit einigen Monaten wesentlich mehr Veranstaltungen gibt, sogar an ein Senioren-Watten wurde gedacht. Wir freuen uns, auch hier für frischen Wind gesorgt zu haben.

... unsere Idee zum Abhalten regelmäßiger Markttage langsam in Fahrt kommt. Nach dem Ostermarkt gab es nun auch einen Herbstmarkt.

... unsere Idee, Mutters zu einem Kulturort weiter zu entwickeln, nun umgesetzt wird. Wir haben bereits in unseren Aussendungen am Jahresanfang festgestellt, dass in unserem Ort zahlreiche hochkarätige Künstler:innen beheimatet sind (vor allem Musiker:innen, Sänger:innen, Schauspieler:innen, bildende Künstler:innen) und diese auch sehr gerne im eigenen Ort auftreten.

... der Gemeinderat finanzielle Unterstützung beim Kauf eines Klimatickets einstimmig beschlossen hat. Das Antragsformular dafür finden Sie auf der Homepage der Gemeinde.

... die Wahlbeteiligung bei der kürzlich stattgefundenen Wahl zum Tiroler Landtag in unserer Gemeinde überdurchschnittlich hoch ist. Wir freuen uns, dass die Bürger:innen unserer Gemeinde sich am politischen Leben beteiligen.

Schade ist, dass ...

... der Charme des kleinen Platzes beim oberen Dorfbrunnen beim Holer-Bauern im Zuge der Sanierung der Dorfstraße zerstört wurde. Der Brunnen blieb zwar erhalten, wurde aber in einen zubetonierten Platz eingebettet. Das hätte man grüner und lebendiger gestalten können.



oberer Dorfbrunnen vorher



neu gestaltetes Platzerl beim Holer-Brunnen

... die neu errichtete Mauer in der Dorfstraße so massiv wirkt, dass die Wildbach- und Lawinenverbauung am Werk gewesen sein könnte.

... der schon längst sanierungsbedürftige Gehsteig vor dem ehemaligen Café Pichl immer noch nicht asphaltiert wurde – das haben wir schon seit Jahren mehrfach eingefordert.

... die vom Bürgermeister in der Feber-Sitzung des Gemeinderates angekündigten beiden Defibrillatoren leider immer noch nicht aufgestellt sind. Unsere Idee wurde so zwar kopiert, aber in der Umsetzung wären wir natürlich wesentlich schneller gewesen.

... die Planung für einen überdimensionierten Bildungscampus begonnen wurde, der unrealistischerweise auch eine Mittelschule beheimaten soll. Es gibt bereits ein sehr breites Bildungsangebot im näheren Umkreis unserer Gemeinde, für eine zusätzliche Mittelschule besteht aus unserer realistischen Sicht leider kein ausreichender Bedarf. Wir verlangen endlich einmal offizielle Zahlen, Daten und Fakten aus der Bildungsdirektion zu diesem Vorhaben. Bleibt zu hoffen, dass sich die unnötigen Kosten in Grenzen halten werden.



leider nur in IbK gesichtet

Die nächste Bausünde in Mutters

Als grünes „Graf-Haus“ inzwischen im Dorf bekannt, sollen hier künftig auf einer Grundfläche von nicht ganz 2.000 m² ca 18 Wohnungen und eine ca 240 m² große Arztpraxis entstehen. Für das alles sind lediglich 29 Parkplätze insgesamt geplant. Üblicherweise muss man mit 2 Kfz pro Wohneinheit rechnen und 5 bis 10 Beschäftigten in der Arztordination, die mit ihrem Auto zur Arbeit kommen ... und wo parken dann die Patienten wirklich?

Das vertraglich eingeräumte Vorkaufsrecht für Wohnungen und Abstellplätze für die Gemeinde wirkt auf dem Papier recht nett, in der Praxis hat das aber mangels Geldes zum Kaufen keine praktische Bedeutung. Außerdem hat sich die Gemeinde das Vergaberecht für einige Wohnungen bedungen, was grundsätzlich in Ordnung ist, wenn die Wohnungsvergabe dann auch nach objektiven Kriterien erfolgen wird.

In der Sitzung des GR im Mai hat die Bürgermeisterfraktion dieses Monsterprojekt durch-

gewunken und einen Bebauungsplan mit einer Baumassendichte Faktor 2,5 (!) beschlossen (eine so intensive Bebauung gab es bislang noch nie, es wird mit jedem Großbauprojekt noch dichter verbaut) und einer enormen Höhe des Baukörpers selbst. Wir wollten eine etwas kleinere Version anstatt eines solchen Monster-Wohnblocks, das am Ortseingang sofort ins Auge fallen wird. Leider ist die Bildung von Wohnghettos immer noch in den Köpfen der meisten Gemeinderäte verankert, obwohl die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt hat, dass beim Wohnen sehr wohl auf ausreichend Abstand und Möglichkeiten für großzügige Balkone bzw Gartenflächen für die Psyche der Bewohner wichtig wäre. Trotz dieser Ermöglichung eines ungezügelter Zuzugs verlautbart unser Bürgermeister vor der Presse, sich für eine Eindämmung bzw Verhinderung einer Verstärkung des Ortsbilds einzusetzen. (Bezirksblatt 1. Juli-Woche 2022).

Neue Dimensionen am Nockhofweg

Das ehemalige Restaurant Boccolino soll abgerissen und an dieser Stelle ein Neubau errichtet werden, wenn es nach den Plänen der Erbin geht. Zu diesem Zweck war im Juli-Gemeinderat das Erlassen eines geänderten Bebauungsplanes auf der Tagesordnung. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst, wurde vom Bürgermeister doch mit Eigenbedarf argumentiert. Innerhalb der nachfolgenden verpflichtenden Auflagefrist wurden von Anrainern Einsprüche gegen diesen Beschluss erhoben und auch der Vizebürgermeister als Substanzverwalter hat gegen seine eigene Zustimmung Einspruch eingelegt.

Wegen der Einsprüche musste sich der Gemeinderat mit dieser Sache noch einmal befassen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die für den Gemeinderatsbeschluss vorliegenden Planungsunterlagen ungenau waren. So war

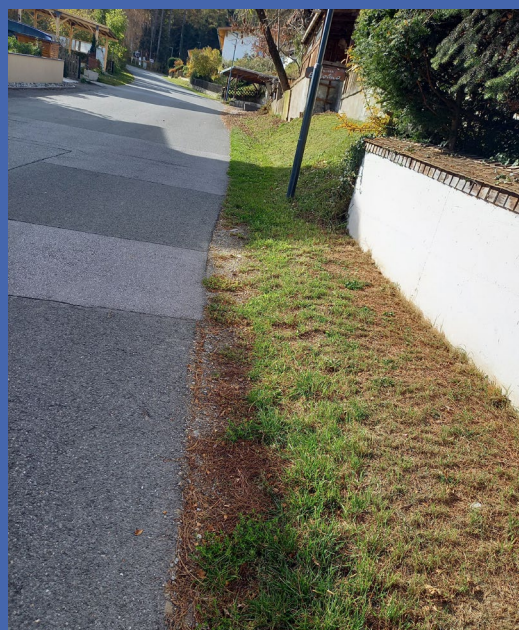
die betroffene Fläche (sog Planungsbereich) nicht exakt eingezeichnet und es war kein Hinweis, dass dieses Grundstück gar nicht bis zum Straßenrand reicht, sondern eben der GG-Agrargemeinschaft gehört. Außerdem ist im Planungsgutachten vermerkt, dass der Abstand des neuen Gebäudes zur Grundgrenze bzw zur Straße stellenweise nur 3 bis 4 Metern (und damit unter dem gesetzlichen vorgeschriebenen Mindestmaß) liegt. Unseres Erachtens kann so einem Plan nicht zugestimmt werden, weil der landesgesetzliche Mindestabstand nicht eingehalten wird und weil so etwas natürlich Folgewirkungen für die nächsten Projekte hat! Wie möchte man denn dem nächsten Planungswerber strengere Vorgaben machen, wenn dieser auf diese bereits getätigte Änderung verweist. In Österreich gilt immerhin der Gleichbehandlungsgrundsatz, alles andere ist

verfassungswidrig! Wir wollen die rechtliche Situation einer Klärung zuführen, damit dieser Beschluss des Gemeinderats überprüft wird und auch eine allfällige Haftung der GR-Mitglieder abgeklärt wird. Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass jeder Gemeindegänger eine solche Aufsichtsbeschwerde einlegen kann – man muss dazu nicht Mandatar sein!

Für uns war es wichtig, dass in diesem Bereich Platz für einen künftigen Gehsteig freibleibt. Die Gemeindeführung hat hier nur allgemein auf die sog „Vertragsraumordnung“ verwiesen ohne diese zu konkretisieren. Wer soll denn sonst einen solchen Vertrag mit der Grundeigentümerin schließen, wenn das nicht der Gemeinderat beschließt?

Und inhaltlich geben wir den Einwendungen der Anrainer recht: Der obere Nockhofweg ist geprägt von Einfamilienhäusern. Gegenüber dem besagten Objekt hat kürzlich ein Neubau stattgefunden, der dort ganz toll in das Ortsbild passt. Und nun soll anstelle des Boccolino-Hauses ein überdimensionaler Gebäudekomplex gebaut werden.

Wir sind betroffen, dass lediglich aus unserer Fraktion kritische Stimmen und Widerstand gegen eine solche Vorgehensweise gekommen ist. Das bisherige Ortsbild wird durch diese richtungsweisende Entscheidung wieder einmal nachhaltig negativ geprägt. Leider konnten wir das nicht verhindern.



Wasseranschluss in Raitis

Wir sind verwundert darüber, dass in Baubescheiden im Ortsteil Raitis im Bescheid selbst steht, dass ein Wasseranschluss aus der dortigen Wasserleitung zwingend vorgeschrieben ist. Allerdings gibt es in Raitis eine eigene Wasserinteressentschaft und ein Neuanschluss bedarf dort einer Mehrheit der Vollversammlung. Wie kann also in einem Bescheid der Gemeinde einfach darüber verfügt werden ohne vorher Kontakt mit der Wasserinteressentschaft Raitis aufgenommen zu haben, obwohl der seit Jahrzehnten amtierende Bürgermeister die rechtliche Situation genau kennt?

Darüber hinaus hat der Bürgermeister ohne bei der Wasserinteressentschaft Raitis anzufragen die dortige Wasserleitung anzapfen lassen und drei Wasserleitungen zu neu gewidmeten Grundstücken verlegen lassen (...zwischenzeitlich hat der BM eingelenkt und es wurden alle drei Leitungen durch die Gemeindegänger wieder zurückgebaut).

Wir halten eine derartige Vorgangsweise für sehr undemokratisch und bürgerfeindlich. Den Menschen dort wird vor den Kopf gestoßen, auf Nachfrage der Bürger werden Fakten wegdiskutiert. Ein Bauwerber erhält einen Baubescheid mit einer Wasseranschlusspflicht, die er ohne Genehmigung einer privaten Vereinigung gar nicht erfüllen kann. Wie kann so ein Bescheid erlassen werden? Wie soll der Bauwerber die bescheidmäßigen Bedingungen einhalten können? So ein Baubescheid ist ohne private Einigung wertlos.

Und nun plant der Vizebürgermeister als Trotzreaktion die Verlegung einer zweiten Wasserversorgung. Anstatt mit den dort ansässigen Bürgern zu reden wird viel Steuergeld dazu verwendet, die Macht der Gemeindeführung mit einer parallelen Wasserleitung abzusichern. Wir halten ein solches „Regieren von oben herab“ für nicht mehr zeitgemäß.

Kostenübernahme für Planung Chaletdorf Nockhof

In der September-Sitzung war der Gemeinderat plötzlich mit einer Honorarforderung eines Rechtsanwalts konfrontiert. Dieser wollte eine Zwischenabrechnung für seine Leistungen seit dem Jahr 2017 zu einem Projekt am Nockhof gegenüber der Gemeindegutsagrargemeinschaft abrechnen. Rund 25.000,- Euro inkl Mehrwertsteuer sollten als Zwischenabrechnung bezahlt werden. In der Sitzung wollte unsere Fraktion wissen, wer überhaupt den Auftrag dazu erteilt hatte, denn im Gemeinderat war eine solche Beauftragung überhaupt noch nie ein Thema

gewesen. Warum soll nun für etwas bezahlt werden, wofür nie ein Auftrag erteilt wurde? Der Bürgermeister musste zugeben, dass er persönlich den Anwalt beauftragt hatte, es gab keinen Beschluss eines Gremiums dafür. Wir sehen überhaupt nicht ein, warum der Steuerzahler für den persönlichen Masterplan des Bürgermeisters aufkommen soll. Mit den Stimmen der anderen Fraktionen wurde die Zahlung aus dem Gemeindegeld beschlossen. Wir werden noch prüfen, ob das alles noch im Bereich der Legalität liegt.

Das Hotelprojekt der JUFA am Lärchenwald

Einige Zeit war es ruhig rund um das geplante Hotelprojekt am Lärchenwald. Zuvor wurde im GR bereits mehrfach über den Abschluss eines Baurechtsvertrages mit einem Hotelbetreiber abgestimmt, wir waren aus Überzeugung dagegen, weil auch dieses Projekt überwiegend Nachteile für unser Dorf bringt, man denke dabei nur an den ganzjährigen zusätzlichen Verkehr, der durch das gesamte Dorf zu diesem Hotel rollen wird.

In der Sept-Sitzung war es dann wieder so weit. Neuerlich wurde ein geänderter Baurechts-

vertrag zur Beschlussfassung vorgelegt. Diesmal weist der Vertrag die Besonderheit auf, dass nur für die ersten 20 Jahre eine Betriebspflicht für ein Hotel vorgesehen ist. Warum wird das nun thematisiert? Was geschieht nach den ersten 20 Jahren mit diesem Hotelkomplex – wird das alles für Freizeitwohnungen genutzt werden? Ist ja nur gut, dass auch unser Bürgermeister als Hotelmanager und Tourismusexperte in rund 20 Jahren auch das Pensionsantrittsalter erreicht haben wird. Ein Schelm, wer Böses denkt



Unsere Mandatäre für Sie im Einsatz:



Klaus Hilber
Gemeinderat + Gemeindevorstand



Reini Huber
Gemeinderat



Harald Graus
Gemeinderat



Susanne Singer
Ersatz-Gemeinderätin



Walter Jenewein
Ersatz-Gemeinderat

Aufruf

Kommen Sie selbst zu den öffentlichen GR-Sitzungen und machen Sie sich selbst ein Bild von der politischen Situation in Mutters! Leider sind meist nur sehr wenige Zuhörer:innen dabei.

MUTTERS PLUS

... wir sind keine Verhinderer und Neinsager, haben aber die Aufgabe und Pflicht die Arbeit der Mehrheitspartei zu kontrollieren und sind die kritische Stimme der Mutterer Bürger:innen.

Wir werden auch in Zukunft von unserem Recht Gebrauch machen, sinnvolle Gegenvorschläge einzubringen.

Sie finden uns im Internet unter www.muttersplus.at

Auf unserer Homepage finden Sie alle unsere Bürgerinformationen und Thementausendungen und sind daher aktuell informiert.

Reinschauen lohnt sich!



Verantwortlich für den Inhalt:
Gemeinderatsfraktion MuttersPLUS,
Prof Dr Klaus Hilber, A-6162 Mutters, Rauschgraben 14
Tel 0699 / 10 12 22 50; info@muttersplus.at

Bildquellennachweis: Privatfotos und
Travellers Dream Catcher Hannes Knapp, Innsbruck